

Luzerner Tagblatt



Hat Pekinger Erfolgsgestreit schon begonnen?

Sollten sich die Nachrichten von der schweren Erkrankung Mao Tse-tungs bewahrheiten, so dürfte in China ein verbisener Erfolgsgestreit entbrennen. Dessen Antagonisten dürften Maos offizieller Dauphin, General Lin Biao, stellvertretender Parteivorsitzender und Verteidigungsminister (rechts), und Ministerpräsident Tschu En-lai (links) sein, die hier einträchtig den großen Parteivorsitzenden Mao Tse-tung flankieren. Keystone

Bundesrat gegen Ueberfremdungs-Initiative

Luzern: Großer Stadtrat stimmt Pflegezentrum zu

Sessionsbeginn in Bern

3 Vor Golda Meirs Besuch im Weißen Haus

Die israelische Ministerpräsidentin um Koordination der israelischen und amerikanischen Nahost-Politik bemüht

Die Gründe für die physische und «diplomatische» Erkrankung des ägyptischen Präsidenten Abdel Nasser, für seine Nichtteilnahme an der «Konferenz der islamischen Staatschefs» in Rabat und für die Absage seines Besuchs in Moskau liegen — nach israelischer Ansicht — in Nassers Problemen «zu Hause», Probleme, die entstanden sind in der Atmosphäre des beginnenden Misstrauens zwischen dem Nasser-Regime und Moskau. Nasser zieht es heute vor, in Kairo zu bleiben; vermutlich befürchtet er, seine längere Abwesenheit könnte dazu führen, daß ihm der Weg zurück nach Hause verschlossen werden könnte.

Während sich die Welt in Spekulationen über die innenpolitische Lage in Ägypten und über die Gesundheit und Stellung Nassers ergeht, hat die Eröffnung der Uno-Generalversammlung den zwei Weltmächten Gelegenheit geboten, erneut ihre politische Initiative in der Nahostfrage zu demonstrieren. Präsident Nixons Rede änderte nur wenig an den Differenzen zwischen den amerikanischen und israelischen Ansichten; in Jerusalem fiel es unangenehm auf, daß Nixon es vermieden hat, das israelische Konzept der «direkten Verhandlungen» zwischen den am Krieg beteiligten Staaten zu erwähnen. Aber man hält hier diese und ähnliche Differenzen zwischen Washington und Jerusalem für «akademisch», solange die Araber und Russen sich nicht zum Abschluß eines ehrlichen und dauernden Friedensschlusses bereit erklären. An diesem «Felsen» sind bisher alle Gespräche zwischen den zwei Weltmächten und zwischen den vier Großmächten gestrandet.

- Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts im Nahen Osten
- Unterstützung der israelischen Forderung nach «direkten Verhandlungen»
- Finanzielle Hilfe zum Ausgleich der steigenden Kosten des Abblütungskrieges.
- Die möglichen Folgen der auffallenden Verstärkung der russischen Kriegsflotte in den arabischen Flottenstützpunkten.

Golda Meir hat offen erklärt, daß sie beabsichtige, in Washington auch das Problem anzusprechen, wie Israel die finanzielle Last der gegenwärtigen Unsicherheit weiter tragen könne. Das will nicht heißen, daß Israel an Anleihen interessiert sei; aber das Finanzministerium würde zweifellos günstigere Bedingungen zur Bezahlung gelieferter Waffen, Verlängerung von Fristen für Schuldentilgung, als Erleichterung empfinden. Die israelische Wirtschaft würde, auch die Wiederaufnahme amerikanischer Hilfeleistungen begrüßen, die vor mehreren Jahren eingestellt wurden, als die USA aufhörten, Israel der Kategorie der «Entwicklungsländer» zuzuzählen. Die Israeli stellen heute fest, daß — trotz der gegenwärtigen wachsenden wirtschaftlichen Aktivität — in den nächsten Monaten nicht nur die militärische, sondern auch die ökonomische Front eine harte Bewährungsprobe zu bestehen haben wird.

Obwohl man hier weiß, daß Präsident Nixon gerne der sowjetrussischen Expansion im Nahen Osten einen Riegel vorschieben würde, erscheint es keineswegs sicher, daß er dies durch Intensivierung der Beziehungen zu Israel erreichen will. Dem israelischen Außenministerium nahestehende Kreise wollen sich noch keinen Illusionen hingeben; sie machen sich vielmehr auf unangenehme Ueberraschungen gefaßt.

J. H. Starer

Bernadette Devlin kommt vor Gericht

Klage wegen Beteiligung an den nordirischen Unruhen

Belfast, 22. Sept. ag. (AFP) Bernadette Devlin muß sich wegen ihrer Aktivität während der Unruhen in Londonderry vom Monat August vor Gericht verantworten. — Als die Polizei die junge Unterhausabgeordnete Nordirlands zu Hause aufsuchen wollte, war ihr die Vorladung zu überbringen, was sie jedoch nicht dort, Freunde von ihr meinten, sie halte sich gegenwärtig auf dem Kontinent auf, verweigerten aber jede Auskunft. Das Heim Bernadette Devlins befindet sich in Cookstown in der Grafschaft Tyrone.

don beauftragt worden ist, die Struktur der nordirischen Ordnungskräfte zu prüfen. Ferner fordert die Polizei, daß den britischen Truppen die volle Verantwortung für die Sicherheit des Landes und namentlich die Ueberwachung der Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland übertragen werde.

Neue «heiße Woche»

Rom, 22. Sept. ag. (AFP) In Italien beginnt die dritte «heiße Woche». Von neuem haben am Montag etwa zweieinhalb Millionen Arbeiter ihre Arbeit eingestellt und wollen bis Samstag streiken. Höhepunkt der Bewegung wird der 48stündige Ausstand sein, welchen die Arbeiter der Fiatwerke vom Donnerstag an durchführen wollen. Aus diesem Grunde sowie zur Demonstration des einheitlichen Charakters der Bewegung haben die drei großen Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL eine Versammlung der italienischen Eisenindustriearbeiter in Turin beschlossen.

Der erste Streik der Woche ist vom Personal der Gaswerke eingeleitet worden. Weiter werden 880 000 Bauarbeiter, 220 000 Arbeiter der chemischen und pharmazeutischen Industrie und 67 000 Arbeiter von Zementfabriken die Arbeit einstellen. Am 26. und 27. September treten die Piloten der Luftfahrtsgesellschaft «Alitalia» in den Streik.

Pariser Verkehrsstreik beendet

Paris, 22. Sept. ag. (R) Alle Metro-Linien in Paris sowie die Autobusse verkehrten am Montag wieder normal, nachdem sie durch den Streik des Personals während einer Woche stillgelegt gewesen waren. Der Streik bei den Pariser Verkehrsbetrieben war unmittelbar nach dem Eisenbahnstreik ausgebrochen, der während neun Tagen den Eisenbahnverkehr gelähmt hatte. Auch die Vorortzüge verkehrten wieder regelmäßig.

Demonstration gegen Nato-Manöver

Kopenhagen, 22. Sept. (AFP) Linksextremistische Manifestanten versuchten am Sonntag in Lyndby die Nato-Manöver «Green Express» zu stören. Rund 300 Manifestanten waren aus Kopenhagen auf das Übungsgelände gekommen, durchschnitten Telefonleitungen und griffen Soldaten an. Es kam zu einem Handgemenge zwischen Militärs und Demonstranten. Bauern und Bürgerinnen der Umgebung gingen darauf gegen die Demonstranten vor. Die Polizei mußte eine von zwei Bürgerinnen mißhandelte Demonstrantin befreien.

Ostblock-Manöver in Polen

Warschau, 22. Sept. ag. (DPA) Unter der Bezeichnung «Oder-Neiße 69» haben in Polen zehntägige Manöver begonnen, an denen sich Militärverbände der Sowjetunion, der CSSR, der DDR und Polens beteiligen. Sie gehören nach Darstellung der amtlichen Moskauer Nachrichtenagentur Tass zu den größten Uebungen der Warschauer-Pakt-Staaten und werden vom polnischen Verteidigungsminister Jaruzelski geleitet. Die Manöver haben nach Angaben von Radio Warschau das Ziel, die «Unverletzlichkeit» der polnischen Westgrenze zu demonstrieren.

Niemand zweifelt daran, daß Frau Meir die bestgeeignete Persönlichkeit ist, um Israels Interessen gegenüber dem amerikanischen Staatsoberhaupt eindringlich zu vertreten. Ihr unerschütterlicher Glaube an ihr Land und seine friedlichen Ziele, ihre reichen politischen Erfahrungen als Diplomatin und ihre genaue Kenntnis des amerikanischen «Schauplatzes», werden ihr zu Hilfe kommen, wenn sie mit Nixon die vielleicht entscheidendsten Gespräche seit dem Sechstagekrieg führen wird. Ihre Aufgabe wird umso schwieriger sein, da in den Augen des Großteils der israelischen Regierungsmitglieder ein Anwachsen der Abhängigkeit Israels von Amerika kein idealer Zustand ist. Sie sind der Meinung, daß beide Teile eine losere Bindung vorziehen.

Die Beratungen der Frau Meir mit den zuständigen Kabinettsmitgliedern sind unmittelbar vor der Abreise von Außenminister Eban zur Uno-Generalversammlung nach New York beendet worden. Von informierter Seite wurden folgende Gesprächsthemen als grundlegend festgesetzt:

- Verzicht auf aktive militärische Unterstützung seitens Amerika

Unabhängig, aber kommunistisch

Tito fordert Disziplin der Kommunisten Jugoslawiens — Personelle Änderungen angekündigt — Gute Beziehungen zu Moskau erwünscht

Belgrad, 22. Sept. (DPA/UPI) Tito hat wichtige Beschlüsse des Exekutivbüros und des Parteipräsidiums in innenpolitischen Fragen angekündigt. In einer Rede vor Arbeitern und Ingenieuren des Donau-Kraftwerkes am Eisernen Tor erklärte er, daß er von allen Kommunisten strengste Disziplin verlange. «Wir müssen in den Reihen der Kommunisten wieder Ordnung schaffen, damit die Partei ihre verantwortungsvolle Aufgabe erfüllen kann.»

Tito wandte sich vor allem dagegen, daß wirtschaftliche Probleme und Meinungsverschiedenheiten die Form nationalistischer Auseinandersetzungen annehmen. Er spielte damit auf den Konflikt zwischen Slowenien und der Bundesregierung in Belgrad wegen des Straßenbaues an, der im Juli zu scharfen politischen Protesten in der westlichsten Republik Jugoslawiens geführt hatte.

Den Elementen, die in den Beziehungen zwischen den einzelnen Republiken nationale Auseinandersetzungen hervorriefen, müsse das Handwerk gelegt werden. «Wenn es um die Einheit unseres Landes geht, gibt es für mich keine Kompromisse», betonte er, Der Staats-

chef wandte sich auch gegen Versuche, Zwietracht zwischen den einzelnen Republiken Jugoslawiens zu säen. Tito hat bereits vor drei Wochen davon gewarnt, «antisozialistische Tendenzen zu übersehen und die unterhöhlende Aktivität von Leuten zu tolerieren, die dem Sozialismus fremd geblieben sind». In Kladovo erklärte er: «Das sind diejenigen, die in der Arbeit passiv sind, aber glauben, Kritik üben zu müssen. Wir brauchen an ihnen nicht Vergeltung zu üben, aber sie müssen aus der Partei entfernt werden.»

Anlaß zu Titos Verärgerung waren die Begleitumstände des Besuchs von Gromyko vor drei Wochen in Jugoslawien. Eine einflußreiche Gruppe liberaler Kommunisten hatte sich diesem Besuch widersetzt, wie sie sich auch früher schon gegen jede Hinwendung Jugoslawiens zum Kremel ausgesprochen hatte.

Tito hat zwar nie Zweifel an der Unabhängigkeit Jugoslawiens gelassen, aber ebensowenig daran, daß das Land kommunistisch bleiben sollte und gute Beziehungen zu Moskau erwünscht sind.

Der Besuch Gromykos und die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen bil-

deten Hauptthemen bei den Gesprächen, die Tito mit Ceausescu führte. Auf das jugoslawische Streben nach verbesserten Beziehungen zur Sowjetunion deutete auch der Passus im gemeinsamen Communiqué hin, in dem die Hoffnung beider Seiten auf «die Entwicklung von Beziehungen der Freundschaft und gleichberechtigter Zusammenarbeit mit allen sozialistischen Ländern, kommunistischen und Arbeiterparteien...» ausgedrückt wurde.

Nach Meinung von Beobachtern richteten sich diese Bemerkungen vor allem gegen Zoran Giuscevic, der kurz vor dem Besuch Gromykos in der von ihm geleiteten Literaturzeitschrift «Knjizevno Novine» in scharfen Worten an die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei erinnert hatte. Nachdem das Blatt beschlagnahmt worden war, hatte Giuscevic seinen Chefredakteurposten zur Verfügung gestellt.

Ausschreitungen in Nigeria

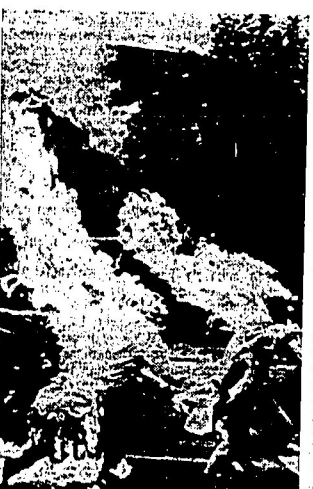
Lagos, 21. Sept. (UPI) Im westlichen Nigeria ist es zu schweren Ausschreitungen und Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Amtlichen Erklärungen zufolge wurden bei Angriffen auf Polize-

Weißer Linien statt Barrikaden

In Londonderry wurde mit dem Abbruch der Barrikaden begonnen. Die Mitglieder der «Vereinigung für die Verteidigung der Bürger» ersetzen jede abgebrochene Barrikade durch eine weiße Linie, die sie auf die Straßen malen. Die Vereinigung hatte sich bereit erklärt, die Barrikaden in Londonderry wegzuräumen.

Nordirische Polizei will entwaffnet werden

Die Polizei von Nordirland will entwaffnet werden. Wie der «Daily Telegraph» berichtet, sollen 3000 Polizisten diese Forderung bei der Kommission Hunt eingereicht haben, die von Lon-



Menschenfackeln in Kyoto

Zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Studenten kam es am Wochenende in der japanischen Stadt Kyoto. Zwei Demonstranten, die versuchten, Molotow-Cocktails gegen die Ordnungskräfte zu werfen, fingen dabei Feuer und erlitten schwere Verbrennungen. Photopress